

Zusammenfassend

Inklusive Quartiere: Thema, Ansatz und Fragestellungen des Projekts scheinen einen Nerv getroffen zu haben. Dies zeigt schon die Arbeit in der Projektgruppe und in den Werkstattgesprächen: Beteiligte, die sonst eher ihre eigenen Fachveranstaltungen besuchen, kamen aus unterschiedlichen Fachbereichen zusammen, brachten insbesondere städtebauliche und soziale, praktische, konzeptionelle und planerische Kompetenzen mit; die Diskussionen waren überaus lebendig und ergaben eine Fülle von Ergebnissen und Ideen zu Qualitäten und Handlungsmöglichkeiten. Auch die Veranstaltungsorte – mittendrin im Quartier, vielfältig genutzt, robust und lebendig – trugen zu dieser Arbeitsatmosphäre bei. Ein weiterer Bestandteil sind die dokumentierten Beispiele. Sie veranschaulichen die ganz unterschiedlichen Projekte und Strategien, die in Kommunen explizit mit Blick auf Inklusion auf den Weg gebracht wurden oder sich darunter subsumieren lassen.

Während sonst im Zusammenhang mit Diversität und Behinderung eher über Probleme gesprochen wird, ist der besondere Ansatz hier der weite Blickwinkel: Im Mittelpunkt steht die Frage nach übergreifenden Bedürfnissen, nach Lebensqualität und Alltagstauglichkeit für ganz unterschiedliche Menschen.

Wie sehen Quartiere aus, in denen Menschen ganz unterschiedlicher Lebenslagen, Generationen, Herkunft und Bedürfnisse, mit und ohne Behinderungen gut leben und gut miteinander auskommen? Was zeichnet inklusive Orte aus? Wo gelingt der Umgang mit Anderen und Anderem? Welche Qualitätskriterien lassen sich ausmachen? Wie geht inklusive Quartiersentwicklung? Diese Fragen waren der Ausgangspunkt.

EBENE DES GANZEN QUARTIERS

Die konkreten Qualitäten inklusiver Quartiere waren in den Werkstattgesprächen durchgängiges Thema. Eine zusammenfassende Erwartung ist, dass man dort alles vorfindet, was man zum Leben braucht. Dazu gehört eine große Vielfalt an Nutzungen über das Wohnen hinaus. In dieser

Hinsicht, aber auch in Bezug auf den Umgang mit Anderen und Anderem und das Verständnis von "Quartier" gibt es große Unterschiede je nach Quartierstyp – etwa dem innerstädtischen, Nutzungsgemischten Stadtviertel, der Neubausiedlung der Nachkriegszeit, dem Einfamilienhaus- oder Eigenheimgebiet, der dörflichen Ortschaft oder kleinen Gemeinde.

Die dokumentierten Projekte sind sämtlich Konversionsprojekte. Diese entsprechen nicht nur den Zielen der Innenentwicklung besonders gut, sie bieten oft auch Chancen durch ihre Lage, Identität und vorhandene Infrastruktur; Inklusion als Ziel und Prinzip kann von Beginn an in der Konzeption verankert werden.

Ein wirkungsvolles Instrument ist die Konzeptvergabe von Grundstücken, bei der Interessenten Beiträge zur Quartiersentwicklung formulieren müssen. Eine Vielfalt innovativer Ansätze in Bezug auf differenzierte Wohnformen und Nutzungskombinationen kann gerade durch Baugemeinschaften entstehen. Ganz besonders herausfordernd als Aufgabe ist die Konversion von Komplexeinrichtungen, bei denen spezialisierte Einrichtungen für Menschen mit (auch sehr schweren) Behinderungen zum Kern eines inklusiven Quartiers werden.

EBENE DES ÖFFENTLICHEN RAUMS, DER GEBÄUDE, PLÄTZE, STRASSEN

Das A und O beim öffentlichen Raum ist Barrierefreiheit – hier sind die Anforderungen in der DIN klar beschrieben. Aber die Umsetzung ist noch nicht selbstverständlich. Wie die Beispiele zeigen, erfordert es viele Anstrengungen und Abstimmungen, um Lösungen zu finden, die unterschiedlichen Bedürfnissen – etwa von mobilitätsbehinderten und blinden Menschen – gerecht zu werden. Und vor allem ist weiterhin Aufmerksamkeit und Einsatz nötig, damit Abnutzung oder auch Rücksichtslosigkeiten wie Gehwegparken oder defekte Aufzüge die guten Lösungen nicht entwerten.

Darüber hinaus geht es um lebensweltliche Qualitäten, um gute und lebendige (Quartiers- oder auch Dorf-) Plätze und um abwechslungsreiche und hindernisfreie Wege, die zu Aufenthalt, Aktivität und zu Begegnung einladen – und auch zum zu

Fuß gehen (was wiederum im Sinne übergreifender Mobilitätskonzepte ist).

Auf der Gebäudeebene zeigen die Beispiele, wie Unterschiedliches unter einem Dach Platz finden kann, zum Beispiel zwei Kindertageseinrichtungen, die im Sinne der Inklusion kooperieren. Unter einem Dach können auch ganz unterschiedliche Nutzungen zusammenkommen, zum Beispiel Pflege (für Ältere und Junge), diverse Wohnangebote, Mittagstisch, Räume für Initiativen, Café, Nahversorgung und mehr. Solche inklusiven Orte haben besonderes Potenzial, dem gesamten Quartier zugute zu kommen. Ähnliches gilt für das inklusiv geplante Schwimmbad.

Große Bedeutung haben Stadtteiltreffs, wenn sie von gemeinsamem Engagement getragen sind. In den Diskussionen der Werkstattgespräche kamen aber immer wieder auch diverse Alltagsorte zur Sprache, die für unkomplizierte – auch beiläufige – Kontakte eine große Rolle spielen, wie Bäckereien, Läden unterschiedlicher Art, Bistro und Eiscafé, Mittagstisch, Handwerker und ihre Werkstätten, Haltestellen, Bus und Bahn. Die Bedeutung solcher Alltagsorte wird oft unterschätzt.

Inklusive Orte können – wie bei der Umnutzung etwa von Konversionsgebäuden – durchaus einfach sein, robust und nutzungs offen. Dies sind gerade vielfach gesuchte Vorteile. Das bedeutet keinen Verzicht auf ästhetische Qualität und Wertigkeit – diesen Anspruch sollte Inklusion nicht aufgeben.

EBENE DER PLANUNG, STRATEGIEN

Zu inklusiven Quartieren kann man von unterschiedlichen Ausgangspunkten aus kommen: von der klassischen Behindertenarbeit, die sich Schritt für Schritt mit der Erfahrung spezialisierter Einrichtungen in Richtung auf eine umfassende Teilhabe im Sinne der Inklusion erweitert; von nahe liegenden Strategien etwa zu Gesundheit, Demografie, Integration; oder von ganz unterschiedlichen kommunalen Handlungsfeldern aus – Kinderbetreuung wie Erwachsenenbildung, Sport und Kultur, Tiefbau und Grünflächen: Auf das Thema Inklusion stößt man fast zwangsläufig, wenn man die

Orientierung an unterschiedlichen Nutzerbedürfnissen konsequent weiterdenkt.

Bei den Beispielstädten ist Inklusion teilweise im städtischen Leitbild oder der Stadtkonzeption verankert. Aktionspläne zur Inklusion sind ein hilfreiches Instrument. Organisatorisch gibt es unterschiedlich angelegte Gremien, Beiräte, Ausschüsse, Netzwerke, teils unterstützt durch eigene Beauftragte.

Wesentlich ist das Engagement der Verwaltungsspitze. Über Politik und Verwaltung hinaus werden freie Träger und Einrichtungen einbezogen. Im Sinne von Governance – dem Zusammenwirken der ganzen Stadtgesellschaft, von "Staat" /Stadt, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft – sind neue Kooperationen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft nötig, die auch Kirchengemeinden, Wohnungsunternehmen und die lokale Wirtschaft einschließt. Dies gilt gesamtstädtisch und auf Stadtteilebene, zum Beispiel in Form von Stadtteifforen oder Stadtteilvereinen.

Inklusive Quartiersentwicklung erfordert auch inklusive Beteiligungsformen. Dazu gehört nicht zuletzt gemeinsames Tun – wie bei der Mitmachbaustelle für den Dorfplatz oder beim Zusammentreffen am Esstisch. Nicht zu vergessen ist auch das gemeinsame Feiern. Von nutzerorientierten, vielfältigen Ansätzen in Bezug auf Arbeitsformen, Medien, Zeiten, Orte und Sprache können nicht nur Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen gewinnen – sie sorgen auch dafür, dass Beteiligungsangebote sich nicht nur auf die Sprachgewandten und Sitzungserfahrenen beschränken.

Wer ist für Quartiersentwicklung zuständig? Sie ist eine Gemeinschaftsaufgabe, erfordert stadtteilorientierte Arbeits- und Organisationsformen und das Zusammenwirken vieler, auch Brückenbauer und Multiplikatoren. Eine große Hilfe ist ein Quartiers- oder Stadtteilmanagement; hier kann man profitieren von den mittlerweile langjährigen Erfahrungen im Rahmen des Programms Soziale Stadt, wo im guten Falle städtebauliche und sozial-kulturelle Ansätze zusammenkommen.

Voraussetzung für ein gutes Gelingen ist die fach- und zuständigkeitsübergreifende Zusammenarbeit. Die einzelnen Ämter, Fachbereiche und Institutionen haben je eigene Kulturen, Logik, Zeiten,

Sprachen, Standards, Finanzmittel und Arbeitsweisen. Tatsächlich integriertes Handeln heißt, all dies zu gemeinsamen Konzepten, Projekten und Zielen zu bündeln. Dies gelang bei der Organisation des Projekts im Städtetag durch dezernatsübergreifende Zusammenarbeit.

Eine Frage im 3. Werkstattgespräch war: "Wie bekommt man sozialraumorientiertes Denken in die Köpfe?" Dabei lässt sich nicht alles planen. Wichtig sind klare Ziele und gemeinsame Überzeugungen, aber ebenso die Offenheit für neue Entwicklungen und das Handeln in manchmal kleinen Schritten.

Zu den gemeinsamen Zielen gehört auch die Vereinbarung darüber, wie – mit welchen Indikatoren, welchen Methoden, in welchem Turnus – sich überprüfen lässt, was erreicht wurde, welche Hindernisse es gibt und ob man (noch) auf dem richtigen Weg ist.

ZWISCHENFAZIT UND AUSBLICK

Die Umsetzung von Inklusion bedeutet in mehrfacher Hinsicht, Unterschiedliches zusammenzubringen, Verbindungen zu schaffen und herkömmliche Grenzen zu überwinden:

- Integrative und inklusive Strategien erfordern das Zusammenwirken unterschiedlicher kommunaler Ebenen, Fachlichkeiten, Ämter und Zuständigkeiten, horizontal und vertikal,
- ihre Umsetzung braucht geteilte Ziele und gemeinsame Anstrengungen von Akteuren aus Staat/Stadt (Politik und Verwaltung), Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.
- Und dies realisiert sich in Räumen, die zum Umgang mit Differenz, zur Förderung von Toleranz, Teilhabe und Selbstbestimmung in unterschiedlicher Weise geeignet sind. Eine besondere Rolle spielt dabei der Alltag im Stadtquartier.

Wie lassen sich inklusive Orte und inklusive Quartiere fördern, erhalten und gezielt entwickeln? Welche Qualitäten sind damit verbunden? Welche sozialen und städtebaulichen Strukturen sind dafür

förderlich, und wie wirken sie zusammen? Diese Fragen bleiben weiterhin aktuell.

Die wissenschaftliche Begleitung dieses besonderen Projekts war eine bereichernde Aufgabe. Sie umfasste die Beratung zu Konzeption, Struktur und Vorgehen, Reflexion der Werkstattgespräche, Vertiefung durch weiterführende Hinweise.

Wenn sie etwas wünschen und empfehlen darf, dann ist das:

weitere Beispiele zu sammeln und zugänglich zu machen, gerade auch für Inklusion in Bestandsquartieren und an inklusiven Alltagsorten, bei denen Kontakt und Austausch ein Nebenprodukt sind;

die kollegiale Beratung laufender und neu geplanter Projekte;

die Systematisierung der Erfahrungen mit ämterübergreifender Zusammenarbeit, gerade bezogen auf baulich-städtebauliches und sozial-kulturelles Handeln;

und die Weiterarbeit an inklusiven Kommunikations- und Vermittlungsformen in lebensnaher, verständlicher Sprache, sprechenden Bildern und für alle offenen Arbeitsformen, die nicht nur den Verwaltungen zugutekämen.

Gabriele Steffen EBM a.D. | Institut für Stadtplanung und Sozialforschung Weeber+Partner, Hauptgeschäftsführerin